

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 19.03.2015

Am Beginn der Sitzung standen **2 aktuelle Stunden**:

1. Einrichtung einer Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in der ehemaligen Liebschwitzer Berufsschule (beantragt von der CDU-Fraktion) und Ergänzung durch die Fraktion DIE LINKE: In der Berichterstattung der Oberbürgermeisterin sollen die von der Stadt Gera zu erfüllenden Maßnahmen und damit im Zusammenhang stehende Anforderungen an die Landesregierung dargestellt werden, die für die Willkommenskultur zu Aufnahme von Flüchtlingen in Liebschwitz notwendig sind. Dies betrifft auch den Kommunikationsprozess mit den Anwohnern im Ortsteil.
2. Thema: Zweckverband Wasser/Abwasser „Mittleres Elstertal“
 - Standpunkt der Stadt Gera zur Betriebsführung beim ZVME durch einen Eigenbetrieb seit dem 01.01.2015 und
 - Strategie der Stadt Gera zum Umgang mit den Beschlüssen der Verbandsversammlung vom 16.02.2015

Als Vertreter der CDU-Fraktion kritisierte Stadtrat Nerger die Entscheidung der Landesregierung über die Köpfe der Liebschwitzer hinweg.

Die OB informierte über den Forderungskatalog der Stadt an die Thüringer Landesregierung und wertete die Bereitschaft der Liebschwitzer zur Aufnahme von 150 Flüchtlingen als ein Ausdruck zur Hilfe.

Ortsteilbürgermeister Schleicher mahnte kein politisches Geplänkel Angesichts der Errichtung einer Erstaufnahmestelle ein.

Als Vertreter des Runden Tisches forderte Pfarrer Klein die Pflicht der Stadt Gera ein, Verantwortung für die Hilfe von Flüchtlingen zu übernehmen.

Minister Lauinger von der Thüringer Landesregierung informierte über das sprunghafte Anwachsen der Flüchtlingsströme und die Notwendigkeit des täglichen Reagierens. Die maximale Zahl der Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung Liebschwitz liegt bei 500 Personen. Kinderbetreuung und gesundheitliche Betreuung erfolgen in der Erstaufnahmeeinrichtung. Die Sorgen und Nöte der Menschen nimmt er ernst, sieht jedoch keinen Gesprächsbedarf mit jenen, die Flüchtlinge generell ablehnen.

Ein klares Bekenntnis zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Gera bekannten sich die Fraktionen DIE LINKE. (**Siehe Redebeitrag A. Schubert**), die SPD, AfG und Bündnis 90/ Grüne.

Auch der Vorsitzende des Stadtrates, D. Hausold (DIE LINKE.), mahnte den Dialog zwischen den Liebschwitzer Bürgern, der Landesregierung und der Stadt Gera ein und das Anhören der gegenteiligen Argumente.

In der zweiten aktuellen Stunde wurde durch Verbandsrat U. Raubold (DIE LINKE., siehe Redebeitrag) scharfe Kritik an der Politik des Vorsitzenden des ZVME geübt, der Grundsatzpositionen der Stadt Gera zur Betriebsführung außen vor lässt.

Die Position der Stadt Gera, vorgetragen durch Bürgermeister Dannenberg, bestätigte, den Handlungsbedarf und machte deutlich, dass die Stadt Gera - außer Abwarten - keine Strategie hat und schon gar keine, die durch den Stadtrat getragen wird (insbesondere Position der SPD-Fraktion).

Mit Mehrheit beschloss der Stadtrat, nach über einem Jahr fruchtloser Diskussion zum Thema Tourismusförderung n der Stadt Gera:

1. Die Gera Kultur GmbH sichert zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Rahmen des Unternehmensgegenstandes und des Wirtschaftsplanes die Betreuung eines touristischen Ansprechpunktes für Bürger und Gäste der Stadt Gera. Diese Aufgaben sind Teil des Stadtmarketings der Stadt Gera. Über die Umsetzung ist bis 31. Dezember 2015 dem Stadtrat zu berichten.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis 30. September 2015 eine Beschlussvorlage für den Stadtrat zu erstellen, welche die weiteren Aufgaben im Rahmen des Stadtmarketings bis 2023 beschreibt, die Verbesserung des Images der Stadt sowie touristische Leistungen beinhaltet.
3. Der Stadtratsbeschluss Drucksachen-Nr. 267/1998 (Mitbegründung und Beitritt der Stadt Gera zum GAST e.V.) wird aufgehoben.

Einen **Grundsatzbeschluss fasste der Stadtrat mehrheitlich zur Bereitstellung des erforderlichen Flächenanteils des städtischen Grundstücks Johannisplatz für die Unterbringung der Reußischen Sarkopharge.** Das ist zugleich als Bekenntnis zum einzigen Kulturgut von europäischem Rang durch die Stadt zu werten. Ein Änderungsantrag von G. Domkowsky (Fraktion DIE LINKE.) – siehe Anlage – fand damit keine Mehrheit.

Beschlossen wurde weiter **ein Begleitausschuss und dessen Zusammensetzung für die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.**

Anlage

Position der Stadtratsfraktion zur Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Liebschwitz - Rede des Fraktionsvorsitzenden Andreas Schubert

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebschwitz ist ein Ortsteil mit langer Tradition. Im Jahre 2009 wurde mit einem großen Fest das 800-jährige Bestehen gefeiert.

In der umfangreichen Ortschronik, auf die man zu Recht sehr stolz ist, wurden viele Ereignisse aus der wechselvollen Geschichte wie Hochwasser, Brückenbauten aber auch Kriege festgehalten – die teilweise dramatischen Auswirkungen auf die Bevölkerung jener Zeit beschrieben.

Auch in Zukunft wird es sicherlich eine Dokumentation der Geschichte geben, wird unsere Epoche nachzulesen sein. Werden nachfolgende Generationen über unsere Entscheidungen diskutieren, unsere Erfolge und Fehler bewerten – in Liebschwitz, in Gera, in Thüringen.

Unsere Enkel und Urenkel werden eines Tages darüber nachlesen, was sich im Jahr 2015 im Ortsteil zugetragen hat:

Sie werden lesen von einer Zeit, als Deutschland als Teil der EU einen sprunghaften Anstieg von Flüchtlingszahlen bewältigen musste. Flüchtlinge, die aus ihrer Heimat geflohen sind, aus Angst um Leib und Leben, aus purer Verzweiflung, aus der Befürchtung keine Zukunft zu haben. Sie flohen auch wegen einer verheerenden Außenpolitik dieses unseres Landes, was als einer der größten Waffenexporteure der Welt Krieg und Terror in vielen Ländern ermöglichte.

Diese Flüchtlinge, die oft nicht mehr als ihr eigenes Leben retten konnten, waren auf der Suche nach Asyl, nach Unterschlupf, nach Solidarität, nach Menschlichkeit und Frieden.

Und wie wurden sie aufgenommen, in dieser unserer Stadt, im Ortsteil Liebschwitz? Was erfahren unsere Nachfahren über das Zusammenleben mit den Menschen auf der Flucht in den Jahren der größten Flüchtlingsströme nach dem zweiten Weltkrieg?

Verschiedene Antwort-Szenarien scheinen möglich zu sein....

DIE LINKE wird jede mögliche Unterstützung dafür mobilisieren, dass es eine Willkommenskultur gibt, über die wir dann unseren Nachfahren berichten können. Wir wollen, dass wir als gesamte Stadt unseren Anspruch auf ein buntes, weltoffenes und tolerantes Gera gerecht werden. Denn genau das ist der demokratische Grundkonsens seit vielen Jahren, auch hier im Stadtrat. Den wollen wir leben, auch mit einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Liebschwitz.

Deswegen hat DIE LINKE die Ergänzung der aktuellen Stunde beantragt, weil wir über konkrete Fragen, konkrete Maßnahmen zur Ausgestaltung dieser Willkommenskultur und auch über die notwendige Unterstützung der Landesregierung reden wollen. Dabei stehen Verbesserungen der Infrastruktur im Ortsteil genauso zur Debatte, wie die Betreuung von Flüchtlingen und der Kommunikationsprozess mit den Anwohnern im Ortsteil.

Es geht um solche Fragen wie die Verbesserung der Nahverkehrsanbindung, in Verbindung mit der Brückensanierung, ein Einzelhandelsangebot, ärztliche Betreuung, Sportmöglichkeiten.

Wie können wir es schaffen, dass mit der Spezifik einer Erstaufnahmeeinrichtung der Ortsteil insgesamt vorangebracht werden kann?

Welche Erfahrungen mit der Unterbringung von Flüchtlingen in Liebschwitz in den neunziger Jahren oder aber aus Eisenberg und Suhl können wir dafür nutzen? Ist z.B. die Einrichtung eines Runden Tisches als Instrument für einen dauerhaften Dialog von Anwohnern, Ortsteilrat, Stadtverwaltung und Landesbehörden sinnvoll? Kann man damit Ängsten und Befürchtungen Rechnung tragen, auch wenn diese nicht alle begründet sind? Ist es ein Mittel, um dafür einen Beitrag zu leisten, dass durch ein gutes Miteinander von Flüchtlingen und Anwohnern im realen Leben Vorbehalte entkräftet werden und somit die Stichwortgeber von rechts außen keinen Spielraum mehr bekommen?

Und um es an dieser Stelle ganz klar und deutlich auszusprechen:

Es gibt kein mehr an sozialer Gerechtigkeit, kein mehr an Rente, an Pflegeleistungen oder gar bessere Straßen und Schulen wenn wir keine Flüchtlinge aufnehmen würden. Nein. Die Menschen auf der Flucht nehmen uns da mit Sicherheit nichts weg. Diese unsere sozialen Probleme liegen in einer ungerechten Verteilung des Reichtums in Deutschland, in dem Konflikt zwischen oben und unten begründet. Den kann man nicht lösen, wenn die eine benachteiligte Gruppe gegen andere Benachteiligte ausgespielt wird. Nein, dafür braucht es eine grundsätzlich andere, eine gerechtere Verteilungssystematik im Land. Was gemeint ist, kann vielleicht besser erkannt werden, wenn man darüber nachdenkt, warum eigentlich nicht die Rüstungsfirmen für die Aufnahme von Flüchtlingen zur Kasse gebeten werden?

Doch zurück zu den möglichen Szenarien, wie in Zukunft über die Gegenwart zu sprechen sein wird: Unser Ziel für ein ernsthaftes und nachhaltiges Bemühen eine gesamtstädtische Willkommenskultur zu etablieren, wird sich gut erklären lassen, wenn unsere Kinder und Enkel eines Tages dazu Fragen stellen.

Lassen wir als Geraerinnen und Geraer kein anderes Szenario zu, denn für ein anderes Szenario wird es keine guten Gründe geben, keine für die es sich nicht zu schämen gilt.

Wir dürfen und wir werden die Liebschwitzerinnen und Liebschwitzer auch nicht alleine lassen mit den Fragen, Sorgen, Ängsten und Problemen bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Ortsteil. Bitte lassen sie auch die Flüchtlingen nicht alleine! Seien wir solidarisch, zeigen wir das unsere Stadt unser Gera bunt, tolerant und weltoffen ist!

Vielen Dank!

Günter Domkowsky

Kantstraße 13
07548 Gera

 0365-800 30 38

 01520 2938807

Gera,

Günter Domkowsky * Kantstr. 13 * 07548 Gera

Beschluss-Vorlage Drucksache Nr. 5/2015

Betreff:

Bereitstellung eines Flächenanteils des Johannisplatzes zur Unterbringung der Reußischen Sarkophage in der Gruft der ehemaligen Johanniskirche

Ergänzung/ Änderung zum Beschlussvorschlag:

1. Der für die Unterbringung der Reußischen Sarkophage am Standort der ehemaligen Johanniskirche auf dem städtischen Grundstück des Johannisplatzes, Gem. Gera, Flur0, Flurstück 39/5, wird mit einem noch zu ermittelnden Flächenanteil bereitgestellt.
2. Die noch zu vereinbarenden Dienstbarkeit oder vergleichbare Regelungen (Unterbau-/ Oberbauvertrag; Betreibervereinbarung zur Bewirtschaftung sowie Erhaltung der Präsentation der Reußischen Sarkophage) sind von der Oberbürgermeisterin dem Stadtrat vor Unterzeichnung zur Kenntnis zu geben.

Begründung:

Die im Bauantrag ausgewiesene Fläche zur Unterbringung und Präsentation der Reußischen Sarkophage entspricht offensichtlich nicht der tatsächlichen Lage der ehemaligen Gruft des südlichen Seitenschiffs der alten Johanniskirche. Deshalb sollte die zur Nutzung vorgesehene Fläche innerhalb der ehemaligen Johanniskirche an Hand der noch zu ermittelnden Fläche konkret ausgestaltet werden.

Ebenfalls scheint es im Rahmen bisheriger Regelungen geboten vor einer Vereinbarung mit dem Haus Reuß eindeutig die Vereinbarungen in den Fraktionen und zuständigen Ausschüssen des Stadtrates zu beraten und zur Kenntnis zu erhalten. Es wird darauf Bezug genommen, dass die Errichtung einer Unterkunft und Darstellung der Reußischen Sarkophage am Grundbesitz der Fläche auf dem Johannisplatz gescheitert ist.

Zum Umfang der Nutzung sind auch weitere Vereinbarungen zur Bewirtschaftung und Präsentation der Reußischen Sarkophage notwendig.